



Update 14/2017

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

das Jahr ist fast vorüber, der erste Schnee fällt, Weihnachten steht vor der Tür. Zeit für Besinnlichkeit. Politisch geht es derzeit allerdings weiterhin hoch her: Die SPD hat sich auf ihrem Bundesparteitag vergangene Woche für ergebnisoffene Gespräche mit der Union über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung ausgesprochen. An diesem Mittwoch fanden die ersten Vorgespräche zwischen SPD und Union statt. Und auch der Bundestag hat diese Woche getagt.

Wie geht es politisch weiter?

Nach der krachenden Wahlniederlage im September hatte die SPD eine erneute Große Koalition ausgeschlossen. Nachdem allerdings Jamaika gescheitert ist (vor allem an Christian Lindners Ego), war eine Neubewertung der Lage nötig. Auf ihrem Bundesparteitag hat die SPD deshalb beschlossen, in ergebnisoffene Gespräche mit der Union zu gehen. Ergebnisoffen heißt: Wir loten zunächst aus, ob es überhaupt noch eine Basis für eine Zusammenarbeit mit der Union gibt. Seit Mittwoch führen Andrea Nahles und Martin Schulz entsprechende **Vorgespräche**.

Allerdings hat die Union viel Vertrauen zerstört. Ich erinnere daran, dass in der vergangenen Wahlperiode mehrere politische Projekte am Widerstand der Union gescheitert sind, obwohl sie im Koalitionsvertrag verabredet waren (Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit, Reform der Grund-

steuer). Auch der Alleingang von Landwirtschaftsminister Schmidt von der CSU ist nicht vergessen, der gegen die Absprachen in der Koalition und gegen die Geschäftsordnung der Bundesregierung auf eigene Faust seine Zustimmung zu einer weiteren Zulassung des Unkrautgifts Glyphosat in der EU gegeben hatte. Die Union muss in den Vorgesprächen also deutlich machen, wie sie das **verloren gegangene Vertrauen** wiederherstellen will.



Beim SPD-Bundesparteitag am 7.12.2017 mit Anne Claßen und Karsten Koch in Berlin.

Die Vorgespräche werden aber nicht nur atmosphärischer Natur sein, es wird auch um die Frage gehen, **welche Formen der Zusammenarbeit** unter Umständen überhaupt möglich wären. Denn neben einer „richtigen“ Großen Koalition werden derzeit auch verschiedene Tolerierungsmodelle diskutiert, die im Kern auf eine **Minderheitsregierung der Union** hinauslaufen.

Bei solchen Modellen, manchmal auch „Stabilitätspakt“ genannt, werden einige essentielle Punkte zwischen den Vertragspartnern fest ausgemacht (bspw. Fragen von Auslandseinsätzen der

Bundeswehr oder zur Reform der EU), andere Punkte werden hingegen nicht im Vorhinein festgelegt – hier müssen die Parteien jeweils passende Mehrheiten suchen. Das könnte parlamentarisch spannend sein, allerdings bin ich nicht sicher, ob sich ein großes Land wie Deutschland eine solche Sprunghaftigkeit auf Dauer leisten kann. Und nicht nur das: Die Regierung hat stets das Heft des Handelns in der Hand. Sie bestimmt nicht nur Inhalte, sondern auch Formen des Regierens und legt etwa Wahltermine fest. Aber wie gesagt: Bisher werden Tolerierungsmodelle nur theoretisch diskutiert.

Sollten die Vorgespräche das Ergebnis bringen, dass (irgend)eine Form von Zusammenarbeit mit der Union vorstellbar ist, werden anschließend **Sondierungsgespräche** stattfinden, bei denen es darum geht, sehr fokussiert herauszufinden, bei welchen Themen eine grundsätzliche Einigung möglich ist und bei welchen nicht. (Einen detailbesessenen Sondierungsmarathon, wie ihn Jamaika hingelegt hat, wollen wir hingegen nicht!)



Sollten auch die Sondierungsgespräche ein positives Ergebnis bringen, wird ein erneuter (eigens zu diesem Zweck einberufener) **Bundesparteitag Mitte Januar 2018** entscheiden, ob die SPD in offizielle **Koalitionsverhandlungen** eintritt. Wäre das der Fall, wird die SPD in Ruhe und mit Gründlichkeit über die Inhalte und den Rahmen einer Zusammenarbeit mit der Union verhandeln. Wenn – ganz am Ende – ein Entwurf für einen Koalitionsvertrag zustande kommen sollte, so werden die Mitglieder der SPD die Möglichkeit haben, **in einem verbindlichen Mitgliedervotum** über den Koalitionsvertrag abzustimmen und also zu entscheiden, ob die SPD in die Koalition geht. Das bedeutet: In jedem Fall **haben die Mitglieder das letzte Wort**. Gut so!

Eines ist aber klar: Weder von der Union noch von den Medien lassen wir uns bei diesem Prozess unter Druck setzen. Schon gar nicht lassen wir uns erklären, was unsere staatspolitische Verantwortung sei. Die SPD braucht in dieser Hinsicht keine Belehrungen! Deutschland hat überdies eine funktionierende geschäftsführende Regierung. Wir nehmen uns die Zeit, die in der aktuell schwierigen Situation für unsere Willensbildung nötig ist – wir lassen uns von niemandem drängen!

Die Welt dreht sich weiter – auch im Bundestag



Auch die von mir geleitete AG Kommunalpolitik tagt wieder. Hier bei ihrer ersten Sitzung am 28.11.2017. Wir haben uns darüber ausgetauscht, welche Themen in dieser Wahlperiode für uns entscheidend sind. Wie immer darunter: Die weitere finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden – eine Grundvoraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse.

Trotz des Scheiterns der Jamaika-Sondierung ist der deutsche Bundestag gewählt und handlungsfähig. Das Parlament kann Anträge und Gesetze beschließen – und tut das auch. In dieser Woche ist der Bundestag letztmals in diesem Jahr zusammengekommen, um einige eilige Gegenstände zu behandeln. Unter anderem haben wir mehrere bereits laufende Bundeswehr-Einsätze im Ausland für zunächst wenige Monate verlängert.

Stellenstreichungen bei Siemens – trotz Rekordgewinn

Siemens hat angekündigt, weltweit 7.000 Arbeitsplätze streichen, davon die Hälfte in Deutschland – und das, nachdem Siemens gerade erst einen Rekordgewinn von 6,2 Milliarden Euro (nach Steuern!) verkündet hatte. Besonders in Ostdeutschland werden viele Arbeitsplätze wegfallen.

Dieses Verhalten des Siemens-Managements ist keinem vernünftigen Menschen zu erklären. Aus meiner Sicht handelt es sich um nichts anderes als einen Anschlag auf den sozialen Frieden und unsere soziale Marktwirtschaft. Wir müssen jetzt deutlich machen, dass eine Bundesregierung mit SPD-Beteiligung ein solches Verhalten nicht dulden wird. Konzerne, die derart verantwortungslos handeln, und trotz Rekordergebnissen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor die Tür setzen, müssen Konsequenzen spüren.

Erhalt der Artenvielfalt – SPD fordert nationalen Ausstieg aus Glyphosat

Immer mehr Menschen sorgen sich um die gesundheitliche Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel und den Rückgang der biologischen Vielfalt durch Unkrautvernichter wie Glyphosat. Die eingesetzte Menge des Pestizids ist in der Landwirt-

schaft in den letzten Jahren immer weiter angestiegen – trotz Bedenken aus Wissenschaft und Bevölkerung. Wir haben darum im Bundestag einen Antrag zum nationalen Ausstieg aus der Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel eingebracht.



SPD Die Bundestagsabgeordneten der SPD aus dem Münsterland fordern:

Glyphosat – Ausstieg so schnell wie möglich!

13. Dezember 2017
www.bernhard-daldrop.de/Glyphosat

Das Münsterland ist in besonderer Weise mit der Landwirtschaft verbunden. Die Landwirte in der Region sind zu Recht stolz auf ihre Arbeit, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Genauso wie die Konsumenten wollen auch sie eine Landwirtschaft, die Ertrag und Umweltschutz gleichermaßen im Blick hat. Gerade die Landwirtschaft ist auf biologische Vielfalt angewiesen. Deshalb brauchen wir einen nachhaltigen Pflanzenbau.

Ich setze mich dafür ein, dass unsere Landwirtschaft zukunftsfähiger und ökologischer wird. Die eingesetzten Mengen an chemischen Pflanzenschutzmitteln müssen deutlich reduziert werden. Dafür will die SPD die Agrarförderung neu justieren und entsprechende Forschungs- und Förderprogramme auf den Weg bringen.

Paradise Papers: entschlossenes Vorgehen gegen Steueroasen notwendig

Die neuen Enthüllungen zu den Paradise Papers belegen: Steuerdumping und die Beihilfe zum Steuerbetrug haben weltweit immer noch Methode – und einige Staaten helfen dabei. Es geht um ein Verhalten, das nur darauf aus ist, den eigenen Profit auf Kosten der Gesellschaft und der Ehrlichen nach oben zu treiben – das ist asozial.

Zentral ist die Bekämpfung unfairen Steuerwettbewerbs. Ohne die aktive Mithilfe von europäischen Nachbarstaaten, wie den Niederlanden, Irland, Luxemburg oder Malta, hätten die multinationalen Konzerne längst nicht die Möglichkeiten

zur Steuerumgehung, die ihnen derzeit offen stehen. Auch bei den Verhandlungen zum Brexit gehört das Thema auf den Tisch. Steuerparadiese in Europa oder Teilen einzelner EU-Mitgliedsstaaten sind völlig inakzeptabel.

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode mit der Union bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuertricks verabschiedet, die auch Wirkung zeigen. Unsere Vorstellungen gehen allerdings deutlich weiter. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb in dieser Woche eine Initiative mit weiteren konkreten Maßnahmen zur Eindämmung der grenzüberschreitenden Steuerflucht in den Bundestag eingebracht ([→ unseren Antrag findet Ihr online unter diesem Link](#)).

Weitere Anträge zu anderen Spielarten legaler und illegaler Steuervermeidung werden folgen. Solche Praktiken müssen verhindert und mit harten Konsequenzen belegt werden. Dafür setzen wir uns ein – egal, welche Regierungskonstellation es am Ende auch wird.

Abgeordneten-Diäten

Hier noch eine wichtige Info, was wir diese Woche zum Thema „Diätenerhöhung“ im Deutschen Bundestag wirklich beschlossen haben: Wir haben die Vergütung nicht erhöht. Wir haben vor vier Jahren beschlossen, dass der Verdienst von Bundestagsabgeordneten mit der Besoldung von Richtern an den obersten Gerichtshöfen des Bundes gleichgesetzt wird (Besoldungsgruppe R6). Das hatte eine unabhängige Expertenkommission vorgeschlagen, da die Tätigkeiten in weiten Teilen gut miteinander verglichen werden können. Damit hatte die ständig kritisierte willkürlich vorgenommene Anpassung der Diäten ein für alle Mal ein Ende.

Wir hatten damals aber ebenfalls beschlossen, die Diäten künftig an die Entwicklung der Durchschnittsgehälter aller Beschäftigten zu koppeln. Steigen oder fallen die Gehälter in Deutschland z. B. um 1 %, so steigen oder fallen auch die Diäten der Abgeordneten um 1 %. Um das technisch umzusetzen besteht die Notwendigkeit, dass jeder neugewählte Bundestag genau diese Koppelung zu Anfang der Legislaturperiode beschließt. Nichts anderes haben wir in dieser Woche getan. Diese Vorgehensweise halte ich nach wie vor für fair und transparent. Noch Fragen? Schreibt mir!

Ich wünsche Euch allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Euer